

Berlin, 09.04.2026

Fragen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Berlin erzielt Spitzenleistungen in Forschung, Kunst und Lehre – und in der Gleichstellung! Die Hochschulen sind ein zentraler Motor für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin und wichtige Stütze für die demokratische und vielfältige Kultur Berlins.

- Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?
- Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?
- Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Berlin ist Stadt der Frauen und Stadt der Frauen in der Wissenschaft. Das belegt das bundesweite Gleichstellungsranking des CEWS. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiterführen, dazu benötigen wir die richtigen politischen Strategien.

- Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?
- Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?
- Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat erheblich und nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

- Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?
- Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?
- Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung (strukturell) weiterentwickelt werden?

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Berlin hat im Hochschulgesetz und in den Landesgesetzen die Ziele der Vielfalt und Gleichstellung fest verankert. An Berliner Hochschulen regeln Ordnungen und Satzungen die Umsetzung derselben. Gleichstellungskonzepte und erfolgreiche Drittmittelanträge, z.B. im Professorinnenprogramm, zeichnen die Berliner Hochschulen aus. Dennoch bestehen weiterhin Hürden für Frauen, Berliner Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume.

- Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?
- Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?
- Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?
- Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit an den Hochschulen zu verbessern?
- Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Hochschulen zu stärken?

Guten Tag Susanne Plaumann und Dr.ⁱⁿ Corinna Tomberger,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Engagement für die Stärkung der Berliner Hochschulen sowie für Gleichstellung und faire Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Verwaltung. Für uns Freie Demokraten ist klar: Leistungsfähige Hochschulen sind ein zentraler Pfeiler für Freiheit, Innovation und wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt. Sie brauchen Verlässlichkeit, Autonomie und exzellente Rahmenbedingungen, um diese Rolle erfüllen zu können.

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Frage: Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Antwort: Hochschulen brauchen langfristige Planungssicherheit, um strategische Entscheidungen treffen und ihre Profile weiterentwickeln zu können. Wir setzen uns daher für verlässliche, mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen ein, die nicht kurzfristigen politischen Schwankungen unterliegen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Mittelverwendung stärker in der Verantwortung der Hochschulen liegt, damit sie flexibel auf neue wissenschaftliche und gesellschaftliche Anforderungen reagieren können. Finanzierung und Autonomie sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.

Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Hochschulen müssen Orte des freien Denkens und der offenen Debatte bleiben, dürfen aber nicht zu Räumen werden, in denen Einschüchterung oder wissenschaftsfeindliche Positionen dominieren. Wir erwarten hier eine klare Haltung sowohl der Hochschulleitungen als auch der Politik, wenn Grenzen überschritten werden. Der Staat hat die Aufgabe, den institutionellen Schutzrahmen zu gewährleisten und Sicherheit zu garantieren, ohne selbst in wissenschaftliche Inhalte einzugreifen. Entscheidend ist, dass Freiheit geschützt wird, nicht dass sie relativiert wird.

Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Ja, die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen Hochschulen mehr Entscheidungsfreiheit bei Personal, Organisation und Kooperationen geben, um schneller und eigenständiger agieren zu können. Gleichzeitig sehen wir erhebliches Potenzial im Abbau bürokratischer Vorgaben, die Forschung und Lehre unnötig verlangsamen. Unser Ziel ist ein System, das auf Vertrauen in die Institutionen setzt, nicht auf kleinteilige Steuerung.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins

einnehmen?

Gleichstellung ist für uns ein Bestandteil einer leistungsfähigen und modernen Wissenschaftspolitik, weil sie dazu beiträgt, vorhandene Potenziale besser zu nutzen. Entscheidend ist dabei, gleiche Chancen zu schaffen und strukturelle Hürden abzubauen, nicht Ergebnisse politisch vorzugeben. Wir setzen daher auf Rahmenbedingungen, die individuelle Karrierewege ermöglichen und unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen. Eine starke Wissenschaft profitiert von Vielfalt – aber sie lebt von Leistung und Qualität.

Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Zentrale Ansatzpunkte sehen wir in transparenten Berufungs- und Auswahlverfahren, in der besseren Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere sowie in klaren Strukturen zur Prävention und Aufarbeitung von Diskriminierung. Gleichzeitig ist es wichtig, Maßnahmen so auszugestalten, dass sie tatsächlich wirksam sind und nicht zusätzliche bürokratische Belastungen schaffen. Hochschulen brauchen hier Handlungsspielräume, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Entscheidend ist, dass Fortschritte messbar und nachvollziehbar werden.

Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Hochschulen sollten sich ambitionierte, aber realistische Ziele setzen, die zu ihrem jeweiligen Profil und ihren Fachkulturen passen. Der Staat sollte hierfür Leitplanken definieren und Transparenz einfordern, aber keine zentralistischen Detailvorgaben machen. Entscheidend ist, dass Gleichstellung als integraler Bestandteil der strategischen Entwicklung verstanden wird und nicht als nachgelagerte Aufgabe. Für uns steht im Vordergrund, dass tatsächliche Chancengleichheit erreicht wird und Fortschritte überprüfbar sind.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen**Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?**

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm hat wichtige Impulse gesetzt und zur positiven Entwicklung beigetragen. Eine Verstetigung kann sinnvoll sein, wenn die Maßnahmen weiterhin wirksam sind und regelmäßig evaluiert werden. Für uns ist entscheidend, dass Programme nicht automatisch verstetigt werden, sondern ihre Wirkung belegen und flexibel angepasst werden können. Ziel muss eine kontinuierliche Verbesserung sein, nicht die Fortschreibung bestehender Strukturen.

Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Gleichstellungsaspekte können ein sinnvolles Kriterium sein, sollten aber die wissenschaftliche Qualität nicht überlagern. Für uns gilt, dass Exzellenz und Chancengleichheit zusammen gedacht werden müssen, ohne zusätzliche Hürden im

Wettbewerb zu schaffen. Drittmittelprogramme sollten so ausgestaltet sein, dass sie faire Bedingungen schaffen, aber gleichzeitig offen für die besten Ideen bleiben. Wissenschaftliche Qualität muss der zentrale Maßstab bleiben.

Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung weiterentwickelt werden?

Forschung muss grundsätzlich frei sein – auch in der Wahl ihrer Themen und Methoden. Wie die Geschlechter- und Diversitätsforschung weiterentwickelt wird, ist Sache der Wissenschaft. Politische Steuerung von Forschungsschwerpunkten lehnen wir ab.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Ein zentraler Punkt sind planbarere Karrierewege und verlässlichere Übergänge zwischen Qualifikationsphasen. Wir sehen insbesondere bei Befristungen und unsicheren Perspektiven Handlungsbedarf, der viele Talente aus dem System drängt. Gleichzeitig müssen Verfahren transparenter und nachvollziehbarer werden, um Vertrauen in Karriereentscheidungen zu stärken. Ziel ist ein System, das Leistung anerkennt und gleichzeitig planbare Perspektiven bietet.

Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% zu erreichen?

Wir wollen den Anteil von Frauen in Professuren deutlich erhöhen, setzen dabei aber auf bessere Rahmenbedingungen statt starrer Quoten. Dazu gehören transparente Berufungsverfahren, gezielte Förderung in frühen Karrierephasen und bessere Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Laufbahn. Entscheidend ist, dass Auswahlprozesse fair und nachvollziehbar sind und alle Talente gleiche Chancen haben. Nachhaltige Veränderungen entstehen aus strukturellen Verbesserungen, nicht aus kurzfristigen Zielvorgaben.

Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich sicher?

Gute Arbeit bedeutet für uns faire Bezahlung, transparente Entgeltstrukturen und moderne Arbeitsbedingungen. Der öffentliche Dienst muss hier Vorbild sein und seine eigenen Strukturen regelmäßig überprüfen und weiterentwickeln. Dazu gehört auch, Entwicklungsperspektiven zu schaffen und Leistungen angemessen anzuerkennen. Nur so bleiben Hochschulen auch als Arbeitgeber attraktiv.

Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit zu verbessern?

Familienfreundliche Strukturen sind ein entscheidender Faktor für echte

Chancengleichheit. Dazu gehören flexible Arbeitsmodelle, verlässliche Kinderbetreuung und planbare Karrierewege, insbesondere in frühen wissenschaftlichen Phasen. Wir sehen hier sowohl die Hochschulen als auch das Land in der Verantwortung, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Ziel ist, dass sich Familie und wissenschaftliche Karriere nicht ausschließen.

Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung zu stärken?

Wir unterstützen Maßnahmen, die Diskriminierung wirksam verhindern und Vielfalt ermöglichen. Dazu gehören klare Verfahren, Anlaufstellen und eine transparente Aufarbeitung von Vorfällen. Gleichzeitig ist für uns entscheidend, dass Hochschulen Orte des offenen Diskurses bleiben und nicht durch politische Vorgaben eingeschränkt werden. Vielfalt und Meinungsfreiheit gehören für uns zusammen.

Berlin kann nur dann ein führender Wissenschaftsstandort bleiben, wenn Freiheit, Leistung und Chancengleichheit zusammen gedacht werden. Genau dafür stehen wir als Freie Demokraten.

Gerne stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten bei Fragen für einen Austausch zur Verfügung. Wir werden Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein auch auf unserer Website veröffentlichen.

Herzliche Grüße

Christoph Meyer
Landesvorsitzender der FDP Berlin und Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl 2026

FDP Landesverband Berlin
Landesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Telefon: 0 30 27 89 59 – 0
Fax: 0 30 27 89 59 – 17

Folgen Sie uns auf
www.fdp-berlin.de
www.facebook.com/fdpberlin
www.instagram.com/fdp_berlin
www.x.com/fdp_berlin

Bankverbindung: FDP Berlin, Berliner Volksbank, IBAN: DE24 1009 0000 5466 5250 08, BIC: BEVODEBB

Vorstand (vertretungsberechtigt): Christoph Meyer (Vorsitzender), Laura Pfannemüller (Schatzmeisterin)

Datenschutzhinweis: Der FDP Landesverband Berlin (Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel: +49 30 2789590, fdp-berlin@fdp.de) verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zur Beantwortung Ihrer E-Mail. Mehr Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Betroffenenrechten, finden Sie unter: <https://www.fdp-berlin.de/dsgvo-information>.

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

**Landeskonferenz der Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten an
Berliner Hochschulen (LakoF
Berlin)**

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078 02
DEUTDEDB110

***Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-
Wahl 2026***

Berlin, den 7.7.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlprüfstein einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

Berlin verfügt über eine starke rechtliche und institutionelle Grundlage für Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung an den Hochschulen. Dennoch zeigen die anhaltenden Ungleichheiten bei Karriereverläufen, Professuren, Entgeltstrukturen und der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft oder Studium, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Unser Ziel von Die Linke Berlin ist eine Hochschullandschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Hintergrund, Behinderung, Alter, Religion oder sexueller Identität gleiche Chancen auf Teilhabe und Erfolg haben.

Dahingehend hat sich in Berlin in den vergangenen Jahren bewegt. Das ist auch in besonderem Maße den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Hochschulen sowie dem Engagement unzähliger haupt- und nebenberuflicher sowie ehrenamtlicher Mitglieder der Hochschulen zu verdanken.

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Berlin erzielt Spitzenleistungen in Forschung, Kunst und Lehre – und in der Gleichstellung! Die

Hochschulen sind ein zentraler Motor für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin und wichtige Stütze für die demokratische und vielfältige Kultur Berlins.

Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Leistungsfähige Hochschulen brauchen eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Für Die Linke Berlin garantieren verlässliche Hochschulverträge eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Hochschulen. Deshalb haben wir parlamentarisch gegen die vom CDU-SPD-Senat vorgelegten Kürzungen angekämpft und die neuen gekürzten Hochschulverträge abgelehnt. Wir wollen und können die Kürzungen von 2025 zurücknehmen. In den Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2026 / 2027 hatten wir hierfür auch einen gegenfinanzierten Vorschlag unterbreitet. CDU und SPD haben abgelehnt. Unsere Priorität bei der Finanzierung spiegelt sich auch in unserem Wahlprogramm wider.

Nach der Kahlschlagpolitik des CDU-SPD-Senats wird Die Linke Berlin wieder verlässliche Hochschulverträge abschließen, die den Aufgaben der Hochschulen gerecht werden und eine auskömmliche Finanzierung sichern. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir nach der Wahl den tatsächlichen Finanzbedarf evaluieren und auf dieser Grundlage eine langfristig tragfähige Finanzierung gewährleisten. Zudem wollen wir zusammen ein Zielbild der Berliner Hochschullandschaft 2035 entwickeln und dieses dann Schritt für Schritt umsetzen. Priorität hat dabei die Sicherung der Studienplätze.

Bereits in der Vergangenheit haben wir auf eine planbare und ausreichende Hochschulfinanzierung hingearbeitet. Mit der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes haben wir 2021 die Hochschulverträge gestärkt. Eine einseitige Kündigung von Hochschulverträgen durch das Land Berlin halten wir für rechtswidrig. Dies bestätigt auch das von uns in Auftrag gegebene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses. Durch verlässliche Hochschulverträge wollen wir das verlorene Vertrauen in die Landespolitik wieder aufbauen.

Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Wir erleben zunehmend Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und insbesondere auf die Gleichstellungspolitik, die Geschlechterforschung sowie demokratische Hochschulgremien und ihre Mitglieder. Dem treten wir als Die Linke Berlin entschieden entgegen! Hochschulen müssen Orte des kritischen Denkens, der demokratischen Debatte und der wissenschaftlichen Erkenntnis bleiben. Deshalb werden wir uns auf Landesebene für den Schutz von Wissenschaftler*innen, Studierenden und Hochschulbeschäftigten einsetzen, die Ziel von Einschüchterungen, Hasskampagnen oder rechten Angriffen werden. Um das zu erreichen, müssen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf zentraler und dezentraler Ebene gestärkt werden. Außerdem wird Die Linke Berlin Beratungs-, Schutz- und Unterstützungsstrukturen an den Hochschulen stärken. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir 2021 durch die Reform des Berliner Hochschulgesetzes mit einer Stärkung der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten, sowie weiterer Antidiskriminierungsstrukturen getan.

Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Die Freiheit von Forschung, Lehre und Kunst ist eine unverzichtbare Säule unserer Demokratie und eines leistungsfähigen Wissenschaftssystems. Die Linke Berlin stellt sich aktiv allen Bestrebungen entgegen, diese Grundrechte einzuschränken. Hochschulen müssen Orte des offenen Diskurses und der kritischen Debatte bleiben.

Deshalb setzen wir auf starke institutionelle Autonomie und verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, um die Resilienz der Hochschulen vor bspw. politischer Einflussnahme zu stärken. Demokratische Strukturen innerhalb der Hochschulen wollen wir daher stärken und ihre Selbstverwaltung schützen und ausbauen, indem wir die Hochschulen bei der Einführung von viertelparitätischen Gremien unterstützen und die Rechte der Statusgruppen stärken. Dazu gehört auch eine starke Grundfinanzierung, die wissenschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht. Hochschulautonomie verstehen wir folglich nicht als Rückzug des Staates aus seiner Finanzierungsverantwortung, sondern als verlässliche öffentliche

Unterstützung bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheit von Forschung, Lehre und Kunst.

Wir wollen kritische und bedrohte Wissenschaftsansätze, -disziplinen und die beteiligten Wissenschaftler*innen sichern und unterstützen - etwa im Bereich Friedens- und Konfliktforschung, einer vielfältigen Ökonomie, in der Geschlechter- und Diversitätsforschung, aber auch in der Public-Health-Forschung. Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Arbeit bedroht und angefeindet werden, brauchen Schutz und Unterstützung.

Wissenschaftsfreiheit endet für uns nicht an der Landesgrenze, sondern muss international gedacht werden. Wir wollen Programme für internationale Wissenschaftler*innen sichern, die in ihren Ländern bedroht sind und ihre Wissenschaftsfreiheit nicht ausüben können.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Berlin ist Stadt der Frauen und Stadt der Frauen in der Wissenschaft. Das belegt das bundesweite

Gleichstellungsranking des CEWS. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiterführen, dazu benötigen wir die richtigen politischen Strategien.

Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Gleichstellung muss ein zentrales Leitprinzip der Berliner Forschungsstrategie sein. Sie ist eine zentrale Querschnittsaufgabe und Voraussetzung für wissenschaftliche Exzellenz und demokratische Teilhabe. Die Erfolge der Berliner Hochschulen zeigen, dass gezielte Gleichstellungspolitik wirkt. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben. Gleichstellungs- und Diversitätsziele müssen deshalb verbindlich in der Forschungsförderung verankert sein.

Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Aus Sicht von Die Linke Berlin sind vier Handlungsfelder besonders entscheidend:

1. Es braucht verlässliche und diskriminierungsfreie Karrierewege mit guter Arbeit, fairer Bezahlung sowie Befristungen nur dort, wo sie unabdingbar sind und einer echten Qualifizierung dienen.
2. Frauen und andere unterrepräsentierte Gruppen müssen auf allen Karrierestufen gezielt gefördert werden.
3. Wir wollen Antidiskriminierungs- und Beratungsstrukturen dauerhaft absichern und ausbauen, damit Betroffene von Diskriminierung, Belästigung und Gewalt wirksam unterstützt werden.
4. Hochschulen müssen Diversität und Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe in Lehre, Forschung, Personalentwicklung und Hochschulsteuerung verankern. Dabei verfolgen wir einen intersektionalen Ansatz, der unterschiedliche Formen von Benachteiligung zusammendenkt.

Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Wir erwarten, dass Gleichstellung und Diversität verbindliche Bestandteile aller Strukturentwicklungsprozesse sind. Dazu gehören für Die Linke Berlin grundsätzlich die Erhöhung des Frauenanteils in Professuren und Führungspositionen, der Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten entlang der gesamten wissenschaftlichen Bildungs- und Karrierewege sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Sorgearbeit. In den aktuellen kürzungsbedingten Strukturentwicklungsprozessen sind Frauen, deren Anteil an befristeten Stellen auf Professuren größer ist, überproportional negativ betroffen. Darüber vollzieht sich aktuell ein Generationswechsel bei den Professuren mit Gender-Denomination. Hier ist darauf zu achten, dass in den Strukturentwicklungsprozessen, diese Denominationen nicht verschwinden. Schon allein aus diesen Gründen halten wir die Kürzungen gleichstellungspolitisch für verantwortungslos.

Darüber hinaus sollen die Hochschulen konkrete Ziele zur Förderung von Vielfalt, zur Reduzierung von Diskriminierung und zur Erhöhung der Repräsentanz bislang unterrepräsentierter Gruppen formulieren und regelmäßig überprüfen. Die Erreichung dieser Ziele muss transparent dokumentiert und bei der Ausgestaltung von Hochschulverträgen sowie Förderprogrammen berücksichtigt werden. Unser Anspruch ist es, dass Berlin seine Vorreiterrolle in der Gleichstellungspolitik nicht nur behauptet, sondern weiter ausbaut.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat erheblich und nachhaltig zu den

Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Ja. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm (BCP) ist eines der erfolgreichsten Instrumente zur Förderung von Gleichstellung an den Berliner Hochschulen. Die positive Evaluation zeigt, dass das Programm nachhaltig zur Verbesserung der Karrierechancen von Frauen und zur Verankerung von Gleichstellung in den Hochschulen beiträgt. Leider hat das BCP in den vergangenen Jahren im Haushalt keinen Aufwuchs erfahren. Durch die wichtigen Tarifierungen wurde es somit über die Zeit weniger leistungsfähig. Deshalb wird sich Die Linke Berlin für eine Verstärkung des Programms sowie eine auskömmliche und dynamisierte Finanzierung einsetzen. Gleichstellungspolitik braucht Verlässlichkeit und darf nicht von befristeten Förderzyklen abhängig sein.

Darüber hinaus muss in der Neuauflage des BCP die Integration von Gender- und Diversitätsaspekten in Forschung und Lehre als Förderlinie und -kriterium gestärkt werden.

Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Wir sehen Gleichstellung als integralen Bestandteil guter Wissenschafts- und Forschungspolitik. Die Linke Berlin wird daher Gleichstellung als verbindliches Qualitätskriterium in allen Landesförderprogrammen stärken. Drittmittelprogramme des Landes sollen auch künftig konsequent an Gleichstellungs- und Diversitätsstandards geknüpft werden. Dazu gehören aussagekräftige Gleichstellungskonzepte, Maßnahmen zur Förderung von Frauen auf allen Qualifikationsstufen sowie Strategien gegen Diskriminierung und Benachteiligung. Die Umsetzung dieser Ziele muss regelmäßig überprüft werden.

Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung (strukturell) weiterentwickelt werden?

Die Geschlechter- und Diversitätsforschung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis und zur Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Wir wollen ihre institutionelle Verankerung an den Berliner Hochschulen stärken und langfristig absichern. Dazu gehören die Schaffung und Verstetigung von Professuren, die Förderung von Forschungsverbünden und Netzwerken sowie verlässliche Karriereperspektiven für Wissenschaftler*innen in diesem Bereich. Wir wollen die gemeinsame Infrastruktur der Geschlechterforschung unterstützen und nachhaltig fördern. Die afg-Geschäftsstelle muss deshalb dauerhaft etabliert und mittelfristig bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Berlin benötigt eine zentrale Beratungsstruktur für große Forschungsverbünde, die die systematische Integration von Gender- und Diversitätsaspekten in Forschungsfragen, Forschungsdesigns und Projektinhalte unterstützt. Analog zum etablierten Gender Consulting im Bereich der Gleichstellungs- und Vereinbarkeitsmaßnahmen sollte eine fachlich ausgewiesene Struktur geschaffen werden, die als Beratungsstelle für Antragstellende und Geschlechterforscher*innen fungiert. Dadurch können die Qualitätsanforderungen von DFG, EU-Förderprogrammen und weiteren Drittmittelgebern frühzeitig und substanziell in die Entwicklung von Forschungsvorhaben einbezogen werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Gender- und Diversity-Perspektiven stärker in Forschung, Lehre und Wissenstransfer aller Fachrichtungen integriert werden. Geschlechterforschung, aber auch die Forschung zu anderen ungleichheitsrelevanten Kategorisierungen und -Verhältnissen findet in verschiedenen Fächern statt. Der Partei Die Linke Berlin ist bewusst, dass die inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit Anerkennung und Ressourcen braucht.

Die Grundlage der Weiterentwicklung bilden dabei die Strukturevaluation und die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Geschlechterforschung aus dem Jahr 2023. Zur Umsetzung wollen wir in der neuen Legislaturperiode einen Prozess mit allen Akteur*innen anstoßen und begleiten.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Berlin hat im Hochschulgesetz und in den Landesgesetzen die Ziele der Vielfalt und Gleichstellung fest verankert. An Berliner Hochschulen regeln Ordnungen und Satzungen die Umsetzung derselben. Gleichstellungskonzepte und erfolgreiche Drittmittelanträge, z.B. im

Professorinnenprogramm, zeichnen die Berliner Hochschulen aus. Dennoch bestehen weiterhin Hürden für Frauen, Berliner Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume.

Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Die Karrierewege in Wissenschaft und Kunst sind nach wie vor von Unsicherheit, Befristungen und strukturellen Benachteiligungen geprägt. Frauen sind davon besonders betroffen. Auch wenn die jahrzehntelange ehrenamtliche und berufliche frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit an den Berliner Hochschulen große Erfolge erzielt hat, ist das Problem des abnehmenden Frauenanteils vom Beginn des Studiums über Promotion bis hin zur Professur (sog. Leaky-Pipeline) weiterhin vorhanden und besonders bei Medizin und in naturwissenschaftlichen Fachrichtungen stark ausgeprägt. Es beginnt bereits deutlich messbar während der Promotionsphase. Zuletzt hatten mehrere Anfragen der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hier berlinspezifische Zahlen zutage gefördert [1, 2]. Um dem zu begegnen, wollen wir bspw. die wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen durch verlässliche Beschäftigungsperspektiven und eine transparente Karriereentwicklung stärken. Wir setzen uns deshalb für verlässliche und planbare Karrierewege ein. Dazu gehören deutlich mehr unbefristete Stellen im akademischen und künstlerischen Mittelbau, eine verbindliche Begrenzung prekärer Beschäftigung sowie transparente und faire Qualifizierungs- und Berufungsverfahren. Die öffentliche Finanzierung der Hochschulen muss so ausgestaltet werden, dass gute Beschäftigungsbedingungen möglich sind. Wir werden die landesrechtlichen Spielräume im Rahmen des Grundgesetzes ausnutzen. Außerdem wollen wir über den Bundesrat das WissZeitVG dahingehend ändern, dass planbare Karrierewege auch in der Wissenschaft endlich ermöglicht werden.

Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Um einen Professorinnenanteil von 50 Prozent in den Besoldungsgruppen W2 und W3 zu erreichen, braucht es verbindliche Gleichstellungsziele und eine konsequente Umsetzung in den Hochschulverträgen und an den Hochschulen. Berufungsverfahren müssen transparent, diskriminierungssensibel und qualitätsgesichert gestaltet werden. Wir unterstützen Maßnahmen deren Ausrichtung die Gewinnung von Wissenschaftlerinnen ist, die Weiterentwicklung von

Gleichstellungskonzepten sowie die nachhaltige Verstärkung erfolgreicher Instrumente wie das BCP. Zudem müssen Karrierehindernisse entlang der gesamten wissenschaftlichen Ausbildung, Promotion, Qualifizierung und Laufbahn frühzeitig abgebaut werden, damit Frauen entsprechende Professuren besetzen können. Gleichzeitig müssen die Ursachen der sogenannten „leaky pipeline“ bekämpft werden. Frauen dürfen nicht auf dem Weg zu Professuren durch prekäre Beschäftigung, Care-Verpflichtungen oder diskriminierende Strukturen aus dem Wissenschaftssystem gedrängt werden. Im Sinne der Gleichstellung sehen wir es weiterhin als notwendig an, dass das Berufungsrecht beim Senat verbleibt. Dadurch kann der Berufungsprozess noch einmal zusätzlich von einer Instanz geprüft werden, die nicht hochschulinternen Abhängigkeitsverhältnissen unterliegt. Der Senat übernimmt dadurch auch aus einer Gleichstellungsperspektive eine wichtige Kontroll- und Korrekturfunktion.

Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sind eine Grundvoraussetzung für eine freie und demokratische Wissenschaft und damit für gute Hochschulen. Wir setzen uns für tarifgebundene, sichere und existenzsichernde Beschäftigung ein. Befristungen müssen auf sachlich notwendige Fälle begrenzt werden. „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss selbstverständlich sein. Einen Gender Pay Gap darf es nicht mehr geben. Dafür wollen wir regelmäßige Prüfungen von Eingruppierungen und Entgeltstrukturen sowie transparente Verfahren etablieren. Personalräte und Gewerkschaften müssen bei der Gestaltung guter Arbeitsbedingungen umfassend beteiligt werden. Neben den gesetzlich festgelegten Partizipations- und Vertretungsmöglichkeiten, sehen wir das Forum für Gute Arbeit als wichtige Einrichtung, um gute Arbeitsbedingungen für alle umzusetzen und zeitnah auf mögliche Fehlentwicklungen zu reagieren.

Ein wichtiger Meilenstein zur Herstellung der Entgeltgerechtigkeit ist die EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz. Die Bundesrepublik verstößt seit wenigen Tagen gegen diese wichtige Richtlinie und will statt einer zeitnahen Umsetzung eine Verlängerung der Übergangsfrist erreichen. Die Linke Berlin wird sich im Bund daher dafür einsetzen, dass die EU-Entgelttrichtlinie ohne weitere Verzögerungen in nationales Recht überführt wird. Wir werden zusätzlich landesrechtliche Spielräume bspw. im Öffentlichen Dienst, bei öffentlichen Körperschaften (z.B. Hochschulen) oder landeseigenen Betrieben ausnutzen, um die EU-Richtlinie bereits vor Umsetzung durch den Bund zu befolgen.

Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit an den Hochschulen zu verbessern?

Carearbeit wird noch immer überwiegend von Frauen übernommen und wirkt sich unmittelbar auf ihre Bildungs- und Karrierechancen aus. Deshalb setzen wir uns für familienfreundliche Hochschulen ein. Dazu gehören der Erhalt von Kinderbetreuungsangeboten an den Hochschulen, flexible Arbeits-, Urlaubs-, Studien- und Prüfungsbedingungen sowie verlässliche Regelungen für Menschen mit Pflegeverantwortung. Zeiten für Kindererziehung und Care-Arbeit müssen in Qualifikations- und Berufungsverfahren angemessen berücksichtigt werden. Niemand darf bspw. aufgrund von Elternschaft, Schwangerschaft oder Pflegeaufgaben Nachteile im Studium oder im Berufsleben erfahren. Im Bereich des Studiums werden wir das Teilzeitstudium konsequent umsetzen. Wenn aufgrund von Arbeit, Kindererziehung oder anderen Care-Verpflichtungen nur in Teilzeit studiert werden kann, müssen die Bearbeitungszeiten von Abschlussarbeiten dem angepasst werden.

Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Hochschulen zu stärken?

Antidiskriminierung und Vielfalt sind zentrale Voraussetzungen für gerechte Hochschulen. Wir wollen die Antidiskriminierungs-, Diversitäts- und Gleichstellungsstrukturen an den Hochschulen dauerhaft absichern und finanziell stärken. Anlauf- und Beratungsstellen müssen unabhängig, niedrigschwellig und ausreichend ausgestattet sein.

Neben ihrer dauerhaften institutionellen Etablierung und finanziellen Absicherung müssen Antidiskriminierungsstrukturen sowie Anlauf- und Beratungsstellen über ausreichende Handlungskompetenzen und Ressourcen verfügen, um antidiskriminierende Maßnahmen wirksam entwickeln, implementieren und evaluieren zu können.

Wir unterstützen verbindliche Schutzkonzepte gegen Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Gewalt sowie verpflichtende Fortbildungen für Führungskräfte und Beschäftigte. Diversität und Antidiskriminierung müssen intersektional gedacht werden und die Lebensrealitäten von Frauen, Menschen mit Behinderungen, queeren Menschen, Personen mit Migrationsgeschichte, von Antisemitismus negativ betroffenen Menschen sowie anderen von Diskriminierung betroffenen Gruppen gleichermaßen in den Blick nehmen.

Das Ziel von Die Linke Berlin sind Hochschulen, an denen alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status, Behinderung, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität gleiche Chancen auf Teilhabe und Erfolg haben.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf den Wahlprüfstein der Landeskonzferenz Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Berliner Hochschulen (LakoF)

Änderungen oder Kürzungen bedürfen erneuter Freigabe.

Kontakt für Rückfragen: Tim Demisch, wahlprüfsteine@gruene-berlin.de

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Berlin erzielt Spitzenleistungen in Forschung, Kunst und Lehre – und in der Gleichstellung! Die Hochschulen sind ein zentraler Motor für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin und wichtige Stütze für die demokratische und vielfältige Kultur Berlins.

Frage: Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Antwort: Wir wollen die Hochschulfinanzierung wieder auf eine planungssichere Grundlage stellen. Zentrales Instrument sind für uns belastbare, langfristig geltende Hochschulverträge, die wir in einem partizipativen Prozess mit den Hochschulen und ihren Gremien neugestalten. Die Finanzierung wollen wir verlässlich erhöhen und rechtlich sicher ausgestalten, um Kostensteigerungen abzufedern und langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten. Die Aufkündigung der Hochschulverträge und die massiven Haushaltskürzungen des amtierenden Senats haben das Verhältnis zu den Hochschulen zerrüttet und in den Verträgen angestoßene Verbesserungen zurückgedreht. Das wollen wir korrigieren. Ergänzend braucht die Wissenschaftsinfrastruktur eine entschlossene Sanierungs- und Modernisierungsoffensive, um Hörsäle, Labore und Bibliotheken klimagerecht, barrierefrei und digital auf den neuesten Stand zu bringen.

Frage: Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Antwort: Für uns ist ein klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit die Grundlage. Angesichts zunehmender antidemokratischer Einflüsse wollen wir Berlin zum führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz machen, von der Grundlagen- bis zur angewandten Forschung. Dazu gehört der Ausbau der Forschung zu digitaler Informationssouveränität, etwa zum Umgang mit Deep Fakes, digitaler Hassrede (insbesondere gegenüber FLINTA*-Forschenden) und Verschwörungserzählungen. Antifeminismus verstehen wir als verfassungsfeindliche Ideologie, die wir als Analysekatégorie verankern und durch verbindliche Fortbildungen in Verwaltung, Bildung und Justiz bekämpfen. Initiativen zur Aufnahme bedrohter Wissenschaftler*innen und Studierender wollen wir stärken und ausbauen.

Frage: Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Antwort: Das klare Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und zur Autonomie der Berliner Hochschulen ist für uns von zentraler Bedeutung. Deshalb wollen wir die Hochschulverträge künftig partizipativ und unter Einbeziehung der Gremien neugestalten und so verlorenes Vertrauen wiederherstellen. Wir setzen auf einen transparenten Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Senat auf Augenhöhe. Zugleich entbürokratisieren wir Verwaltung und Forschung, schaffen mehr Raum für Innovation und stärken nach dem jüngsten Sicherheitsvorfall die IT-Sicherheit an allen Hochschulen durch verbindliche Mindeststandards und eine landesweite Incident-Response-Struktur.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Berlin ist Stadt der Frauen und Stadt der Frauen in der Wissenschaft. Das belegt das bundesweite Gleichstellungsranking des CEWS. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir weiterführen, dazu benötigen wir die richtigen politischen Strategien.

Frage: Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Antwort: Gleichstellung ist für uns kein Nebenthema, sondern Teil der wissenschaftspolitischen Grundausrichtung. Unsere Vision sind Lehr- und Forschungsstätten, die zu geschlechter- und diversitätssensiblen Orten werden. Ziel bleibt die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen sowie ein nachhaltiger, feministischer Kulturwandel in allen Bereichen der Wissenschaft, auch unterhalb der Professur. Unterlegt wird dies durch das Gender-Budgeting im Landeshaushalt, dass wir mit wirksamem Controlling weiterentwickeln, und durch eine ressortübergreifende, intersektional ausgerichtete Gleichstellungsstrategie.

Frage: Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Antwort: Wir setzen uns für geschlechtergerechte Hochschulen und für die institutionelle Etablierung und Weiterentwicklung von Diversitätsbeauftragten an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein. Lehrende und Forschende wollen wir für Diversitätsthemen sensibilisieren und fortbilden. Ein zentrales Handlungsfeld sind Maßnahmen gegen Machtmissbrauch: Wir wollen Abhängigkeiten, insbesondere während der Qualifizierungsphase, abbauen und unabhängige Unterstützungsstrukturen ausbauen. Eine Verankerung dieser Punkte im Hochschulgesetz prüfen wir. Das Berliner Chancengleichheitsprogramm entwickeln wir weiter.

Frage: Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Antwort: Leitziel ist für uns die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen. Damit dies gelingt, wollen wir den feministischen Kulturwandel auch unterhalb der Professur gestalten und so die Karrierepipeline verbreitern. Barrieren sollen entlang der gesamten Laufbahn abgebaut werden, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Orten für alle Menschen werden.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat erheblich und nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Frage: Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Antwort: Wir stehen klar zum Berliner Chancengleichheitsprogramm: Wir wollen es weiterentwickeln und seine Finanzierung verstärken, weil es erheblich und nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen hat.

Frage: Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Antwort: Wir wollen Gleichstellung über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen und transparente Auswahlverfahren strukturell absichern und die Förderung von Frauen in der Wissenschaft gezielt vorantreiben. Diese Instrumente lassen sich auf die Ausgestaltung von Landesförderung übertragen.

Frage: Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung (strukturell) weiterentwickelt werden?

Antwort: Wir wollen Berlin als führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz ausbauen und Diversität an den Hochschulen institutionell stärken.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Berlin hat im Hochschulgesetz und in den Landesgesetzen die Ziele der Vielfalt und Gleichstellung fest verankert. An Berliner Hochschulen regeln Ordnungen und Satzungen die Umsetzung derselben. Gleichstellungskonzepte und erfolgreiche Drittmittelanträge, z.B. im Professorinnenprogramm, zeichnen die Berliner Hochschulen aus. Dennoch bestehen weiterhin Hürden für Frauen, Berliner Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume.

Frage: Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Antwort: Unsichere Karriereperspektiven treffen gesellschaftlich ohnehin benachteiligte Gruppen besonders. Deshalb wollen wir Kettenbefristungen zurückdrängen und deutlich mehr Dauerstellen schaffen. Wir wollen eine verfassungskonforme gesetzliche Grundlage schaffen, um den Anteil festangestellter Wissenschaftler*innen, insbesondere von Postdocs, deutlich zu erhöhen, und führen mit den Hochschulen einen strukturierten, verbindlichen Dialog zum Abbau von Befristungen. Berlin soll wieder Vorreiterin für attraktive akademische Karrieremodelle werden, die gerade Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen Planungssicherheit bieten.

Frage: Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Antwort: Unser Ziel bleibt die paritätische Besetzung von Professuren und Leitungspositionen mit Frauen. Getragen wird dies durch einen feministischen Kulturwandel unterhalb der Professur, der den Nachwuchs stärkt, sowie durch das weiterentwickelte Berliner Chancengleichheitsprogramm.

Frage: Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Antwort: Wir setzen uns für Equal Pay ein und wollen einen Equal-Pay-Bericht über die Berliner Verwaltung und die landeseigenen Betriebe erstellen, um gleiche Bezahlung in allen Bereichen voranzutreiben. An den Hochschulen gilt für uns: Daueraufgaben gehören in reguläre Beschäftigungsverhältnisse und dürfen nur von Beschäftigten der Hochschule übernommen werden. Auch die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten wollen wir verbessern.

Frage: Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit an den Hochschulen zu verbessern?

Antwort: Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit verbessern, unter anderem durch bedarfsorientierte Kinderbetreuung, Unterstützung von Arbeitgeber*innen bei Betriebskita und flexible Arbeitsmodelle, die Erwerbs- und Care-Arbeit fair verteilen. Programme für den beruflichen Wiedereinstieg nach Familienphasen gehören ebenso dazu.

Frage: Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung an unseren Hochschulen zu stärken?

Antwort: Konkret wollen wir Diversitätsbeauftragte an allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen institutionell etablieren und weiterentwickeln, damit sie Diversität fördern und Betroffene von Diskriminierung empowern und beraten. Unabhängige Unterstützungsstrukturen gegen Machtmissbrauch bauen wir aus und prüfen eine Verankerung im Hochschulgesetz. Eingebettet ist dies in eine gesamtstädtische Antidiskriminierungs- und

Diversitätsstrategie und in die Weiterentwicklung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG).

ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE DER LANDESKONFERENZ DER FRAUEN UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN DER BERLINER HOCHSCHULEN

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Antwort:

Wir werden die Freiheit von Wissenschaft und Forschung konsequent schützen und zugleich die Voraussetzungen für ein langfristig verlässliches, leistungsfähiges Wissenschaftssystem in Berlin schaffen. Hochschulen brauchen Planungssicherheit, insbesondere in Zeiten wachsender Herausforderungen und steigender Anforderungen an Forschung, Lehre und Transfer.

Die Hochschulverträge bleiben für uns ein zentrales Instrument, um Verlässlichkeit und die strategische Entwicklung der Berliner Hochschulen zu sichern. Künftige Hochschulverträge müssen belastbar und verbindlich ausgestaltet sein. Leistungen und Aufgaben, die über die originären Kernaufgaben von Hochschulen in Forschung und Lehre hinausgehen, müssen transparent benannt und gesondert finanziert werden, anstatt zulasten der Grundfinanzierung zu gehen. Darüber hinaus braucht es eine langfristige und realistische Investitionsplanung für die Sanierung, Modernisierung und digitale Leistungsfähigkeit unserer Hochschulstandorte. Diese Planung muss gemeinsam mit den Hochschulen erfolgen und ihre Autonomie wahren.

Um den Hochschulen zusätzliche finanzielle Spielräume zu eröffnen, wollen wir zudem in eng begrenztem Umfang Studienbeiträge ermöglichen – etwa bei einer erheblichen Überschreitung der Regelstudienzeit oder für Studierende aus Nicht-EU-Staaten. Die dadurch erzielten Einnahmen sollen unmittelbar der Qualität von Studium und Lehre zugutekommen.

Wir setzen auf transparente Kommunikation, verbindliche Zusagen und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Unser Ziel ist ein Wissenschaftssystem, das Exzellenz ermöglicht, Talente fördert und Berlin dauerhaft als starken Wissenschaftsstandort sichert.

Wie wird Ihre Partei agieren, um Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Berliner Hochschulen zu stärken und sie besser gegen antidemokratische, wissenschaftsfeindliche und antifeministische Angriffe zu schützen?

Antwort:

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Kunst ist eine tragende Säule unserer demokratischen Gesellschaft. Sie ist zugleich Voraussetzung für Innovation, gesellschaftlichen

Fortschritt und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Hochschulen müssen Orte des freien Denkens, des offenen Diskurses und der kritischen Auseinandersetzung bleiben und wirksam vor inhaltlicher politischer Einflussnahme geschützt werden.

Für uns bedeutet Wissenschaftsfreiheit zugleich Verantwortung. Hochschulen müssen Orte der Freiheit, des Respekts und der Sicherheit sein. Insbesondere Antisemitismus darf dort keinen Platz haben. Antisemitische Vorfälle müssen klar benannt, aufgeklärt, zur Anzeige gebracht und konsequent geahndet werden: von der Anwendung des Hausrechts über temporäre Ausschlüsse bis hin zur Exmatrikulation in gravierenden Fällen. Am Ordnungsrecht

im Berliner Hochschulgesetz halten wir fest. Zugleich stärken wir Beauftragte an Hochschulen

als zentrale Anlaufstellen und intensivieren die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden. So sichern wir Hochschulen als freie, sichere und demokratische Räume des wissenschaftlichen

und gesellschaftlichen Diskurses.

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung werden wir konsequent schützen und die Autonomie unserer Hochschulen sichern.

Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Antwort:

Exzellente Wissenschaft braucht Vielfalt und Originalität. Dazu gehört ein breites Spektrum an Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen ebenso wie transparente und faire Auswahlprozesse, die Familie und wissenschaftliche Karriere unabhängig vom Geschlecht ermöglichen. Wir betrachten Gleichstellung als einen wichtigen Bestandteil einer zukunftsfähigen Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Unser Ziel ist es, allen talentierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern faire Entwicklungs- und Karrierechancen zu eröffnen und bestehende Potenziale bestmöglich zu nutzen. Gleichzeitig bleiben Exzellenz, Innovation und Qualifikation für uns die primären Kriterien für die Forschungsförderung.

Im Rahmen der künftigen Forschungsstrategie möchten wir deshalb gute Rahmenbedingungen für Chancengerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Tätigkeit sowie transparente Karrierewege weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf die Eigenverantwortung der Hochschulen, bewährte Förderinstrumente und einen kontinuierlichen Dialog mit den wissenschaftlichen Einrichtungen.

Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Antwort:

Für uns gehören Chancengerechtigkeit, ein respektvoller Umgang miteinander und ein diskriminierungsfreies Hochschulumfeld zu den grundlegenden Voraussetzungen für erfolgreiches Studieren, Lehren und Forschen. Hochschulen müssen Orte sein, an denen alle Hochschulangehörigen ihre Fähigkeiten unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung oder anderen persönlichen Merkmalen entfalten können.

An den Berliner Hochschulen sehen wir die wesentlichen Handlungsfelder in transparenten und fairen Auswahlverfahren, die sich an Leistung und Qualifikation orientieren, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beziehungsweise Studium sowie in verlässlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Bestehende Strukturen der Gleichstellung und Antidiskriminierung sollen die Hochschulen entsprechend ihrer jeweiligen Bedarfe weiterentwickeln können.

Das Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) hat nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst. Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Antwort:

Wir erkennen die positiven Beiträge des Berliner Chancengleichheitsprogramms (BCP) zur Förderung der Chancengleichheit an den Berliner Hochschulen ausdrücklich an. Deshalb hat der CDU-geführte Senat die Fortführung des Programms bis zum Jahr 2032 beschlossen und damit für die Hochschulen frühzeitig Planungssicherheit geschaffen.

Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Antwort:

Bei der Vergabe von Drittmitteln des Landes muss die wissenschaftliche Exzellenz und die Qualität der Forschungsvorhaben das ausschlaggebende Kriterium bleiben. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, dass Förderprogramme gute Rahmenbedingungen für Chancengerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Tätigkeit berücksichtigen. Die konkrete Ausgestaltung sollte sich an den jeweiligen Förderzielen orientieren und den Hochschulen ausreichend Gestaltungsspielräume lassen. Starre Quotenregelungen lehnen wir jedoch ab, da sie dem Prinzip der Bestenauslese widersprechen und die Freiheit der Wissenschaft einschränken könnten. Stattdessen setzen wir auf transparente Verfahren, die Eigenverantwortung der Hochschulen und die Berücksichtigung bewährter Gleichstellungsmaßnahmen dort, wo sie einen nachvollziehbaren Beitrag zur Gewinnung und Förderung wissenschaftlicher Talente leisten.

Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Antwort:

Um die Karrierewege von Frauen in Wissenschaft und Kunst zu stabilisieren, setzen wir auf verlässliche Hochschulverträge, die langfristige Perspektiven und sichere Beschäftigungsbedingungen – gerade in der Postdoc-Phase – ermöglichen. Transparente Karrierewege wie Tenure-Track-Modelle erhöhen die Planbarkeit zusätzlich. Gleichzeitig wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher bzw. künstlerischer Tätigkeit durch familiengerechte Förderbedingungen und den Ausbau der Kinderbetreuung am Campus weiter verbessern.

Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Antwort:

Für uns hat bei allen Berufungen das Prinzip der Bestenauslese nach Artikel 33 des Grundgesetzes – also Eignung, Befähigung und fachliche Leistung – oberste Priorität. Anstelle von starren Quotenregelungen setzen wir auf gezielte strukturelle Maßnahmen und eine nachhaltige Kulturveränderung, um den Anteil von Frauen auf W2- und W3-Professuren signifikant zu erhöhen. Ein zentraler Hebel ist dabei das aktive Recruiting: Wir unterstützen die Hochschulen darin, exzellente Wissenschaftlerinnen im In- und Ausland proaktiv zu identifizieren und gezielt zur Bewerbung aufzufordern, da sich Frauen oftmals seltener von sich aus auf Spitzenämter bewerben. Besonderen Fokus legen wir außerdem auf transparente Berufungsverfahren, die Unterstützung und Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen durch Mentoring- und Beratungsangebote sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch die Übertragung des Berufsrechts auf die Hochschulen verkürzen wir Verfahren und stärken die Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb um die besten Köpfe, was auch exzellenten Wissenschaftlerinnen zugutekommt.

Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Antwort:

Eine leistungsfähige und moderne Verwaltung ist das Rückgrat unserer Hochschulen. Wir setzen uns für attraktive Arbeitsbedingungen, faire Vergütung nach den geltenden Tarifverträgen und klare Karriereperspektiven im Verwaltungsbereich ein. Durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von bürokratischen Routineaufgaben entlasten, damit mehr Zeit für anspruchsvolle Tätigkeiten bleibt. Zudem fördern wir flexible Arbeitszeitmodelle und mobiles Arbeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung sowie Familiengerechtigkeit an Hochschulen zu stärken?

Antwort:

Hochschulen müssen Orte der Freiheit, des Respekts und der Sicherheit sein. Alle Hochschulangehörigen müssen unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation die Möglichkeit haben, erfolgreich zu studieren, zu lehren und zu forschen. Insbesondere Antisemitismus darf dort keinen Platz haben. Antisemitische Vorfälle müssen klar benannt, aufgeklärt, zur Anzeige gebracht und konsequent geahndet werden: von der Anwendung des Hausrechts über temporäre Ausschlüsse bis hin zur Exmatrikulation in gravierenden Fällen. Am Ordnungsrecht im Berliner Hochschulgesetz halten wir fest. Zugleich stärken wir Beauftragte an Hochschulen als zentrale Anlaufstellen und intensivieren die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden. So sichern wir Hochschulen als freie, sichere und demokratische Räume des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses. Darüber hinaus unterstützen wir die Hochschulen dabei, bestehende Strukturen zur Förderung von Chancengerechtigkeit, Antidiskriminierung und Familienfreundlichkeit entsprechend ihrem jeweiligen Bedarf weiterzuentwickeln.

An
Landeskonferenz der Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten der Berliner
Hochschulen (LaKoF)
Frau Susanne Plaumann

Per E-Mail: lakofge@htw-berlin.de

Berlin, 13. August 2026

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau Plaumann,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1

Frage 1: Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Uns ist eine stabile und verlässliche Hochschulfinanzierung wichtig. Das Instrument der Hochschulverträge wollen wir sichern. Statt Studienplätze zu streichen, gewinnen wir internationale Spitzenforscher*innen und schaffen weitere sichtbare nationale Leuchttürme. Das Studierendenwerk Berlin unterstützen wir weiter: Wir nutzen das Instrument des Rahmenvertrags und erhöhen den Zuschuss im nächsten Vertrag deutlich. Kostensteigerungen dürfen nicht auf dem Rücken der Studierenden landen. Das Studium an staatlichen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Wissenschaftsgebäude werden wir über die vom Land ausfinanzierte Hochschulbaugesellschaft sanieren, modernisieren und bauen. Mit einer finanziell hinterlegten forschungspolitischen Strategie setzen wir klare strategische Schwerpunkte für Berlin.

Frage 2: Wie wird Ihre Partei agieren, um Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Berliner Hochschulen zu stärken und sie besser gegen

antidemokratische, wissenschaftsfeindliche und antifeministische Angriffe zu schützen?

Wissenschaftsfreiheit ist für uns nicht verhandelbar. Wir schützen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und sind überzeugt, dass unsere Hochschulen eigenständig die richtige Priorisierung vornehmen. Eine Einschränkung der Forschungsschwerpunkte durch die Politik lehnen wir ab. Gleichzeitig gilt: Wer Gewalt ausübt, zu Gewalt aufruft oder systematisch einschüchtert, darf sich nicht hinter Hochschulautonomie verstecken. Wir stellen uns entsprechend bei antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen klar vor die Berliner Hochschulen. Meinungsfreiheit schützt keine Bedrohung. Hochschulen haben eine Schutzpflicht gegenüber allen Angehörigen. Mit dem Demokratiefördergesetz stärken wir die gesellschaftliche Resilienz und sichern die Arbeit demokratiefördernder Strukturen dauerhaft ab.

Frage 3: Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Die Förderung von Gleichstellung in Forschung und Lehre hat für uns einen hohen Stellenwert. Zentrale Instrumente sind dabei das Berliner Hochschulgesetz, die Hochschulverträge und das Berliner Chancengleichheitsprogramm (BCP).

Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Diversität wollen wir langfristig absichern und gezielt weiterentwickeln. Am Berliner Chancengleichheitsprogramm halten wir fest und wollen es dauerhaft absichern. Gleichzeitig stärken wir die Verbindung von Gleichstellung und Berliner Forschungsstrategie. In den für die Forschungsstrategie besonders relevanten Forschungsfeldern greift die Förderung deshalb weiter und umfasst Bereiche mit einem Professorinnenanteil von bis zu 35 Prozent. Damit setzen wir gezielte Anreize, strukturelle Benachteiligungen abzubauen und den Frauenanteil gerade in denjenigen Wissenschaftsbereichen nachhaltig zu erhöhen, in denen weiterhin besonderer Handlungsbedarf besteht.

Frage 4: Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Wir wollen eine zusätzliche Förderlinie für mehr Diversität bei Professuren und in wissenschaftlichen Leitungspositionen schaffen, nachhaltige Erhöhung der Zahl und des Anteils von Frauen in Fächern, in denen eine deutliche Unterrepräsentanz besteht, insbesondere bei Professuren sowie Leitungspositionen, nachhaltige Erhöhung der Zahl und des Anteils von Frauen in den Forschungsfeldern, die das Land Berlin im Rahmen seiner forschungspolitischen Strategie definiert, Überwindung bestehender struktureller Hemmnisse bei der Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre unter Berücksichtigung eines

intersektionalen Gleichstellungsansatzes sowie Implementierung von Genderaspekten in Forschung und Lehre.

Gleichstellung bedeutet für uns zugleich, Diskriminierung und Machtmissbrauch konsequent entgegenzutreten. Deshalb wollen wir die bestehenden Antidiskriminierungs- und Beratungsangebote an den Berliner Hochschulen stärken, wirksame Präventionsmaßnahmen ausbauen und verlässliche, niedrighschwellige und ausreichend ausgestattete Beschwerdestrukturen sicherstellen.

Frage 5: Das Berliner Chancengleichheitsprogramm (BCP) hat nachhaltig zu den Gleichstellungserfolgen der Berliner Hochschulen beigetragen. Es wurde 2025 erneut positiv evaluiert. Die Fördermaßnahmen werden regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst. Plant Ihre Partei, das BCP zu entfristen?

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm ist ein zentrales Instrument der Hochschulgleichstellungspolitik. Es verbindet die Förderung von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen mit dem Abbau struktureller Barrieren. Aus unserer Sicht spricht fachlich viel dafür, erfolgreiche und positiv evaluierte Strukturen langfristig abzusichern. Die Frage einer Entfristung bzw. dauerhaften Verstetigung sollte deshalb ernsthaft geprüft und im Rahmen der Haushalts- und Hochschulpolitik weiterverfolgt werden.

Frage 6: Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Gleichstellung sollte bei landeseigenen Förder- und Drittmittelprogrammen verbindlich mitgedacht werden -- etwa durch Gleichstellungsziele, transparente Auswahlkriterien, Berichtspflichten und Anreize für diskriminierungssensible Berufungs-, Karriere- und Förderstrukturen. Das BCP zeigt, dass gezielte Förderinstrumente strukturell wirken können.

Frage 7: Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Karriereperspektiven sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, die beruflichen Chancen von Frauen in der Wissenschaft nachhaltig zu verbessern. Deshalb ist für uns wichtig, dass Gleichstellung weiterhin Bestandteil der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung bleibt und auch künftig in den Hochschulverträgen mit konkreten und finanzwirksamen Zielsetzungen verankert wird.

Ebenso wollen wir die Geschäftsstelle der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Berliner Hochschulen (LaKoF) weiterhin verbindlich absichern.

Mit dem Berliner Hochschulgesetz haben wir zudem neue Karrierewege und Perspektiven für mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau geschaffen. Verlässlichere Beschäftigungsverhältnisse und planbarere Karrierewege sind nicht zuletzt eine wichtige Voraussetzung für mehr Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit in der Wissenschaft.

Um bei guten Arbeitsbedingungen, der Förderung von Frauenkarrieren und der Familiengerechtigkeit noch mehr Verbindlichkeit zu schaffen, wollen wir außerdem das „Forum Gute Arbeit“ fortsetzen. Gemeinsam mit den Hochschulen und den Beschäftigtenvertretungen wollen wir so die Arbeits- und Karrierebedingungen an den Berliner Hochschulen kontinuierlich weiterentwickeln.

Frage 8: Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% in den Besoldungsstufen W3 und W2 zu erreichen?

Wesentlich sind transparente Berufungsverfahren, aktive Rekrutierung, verbindliche Gleichstellungsziele, Bias-Schulungen, planbare Karrierewege, Mentoring und die Stärkung von Tenure-Track- und Qualifizierungswegen für Wissenschaftlerinnen. Ziel muss sein, nicht nur Nachwuchsförderung zu betreiben, sondern den Übergang in W2- und W3-Professuren strukturell zu verbessern.

Beispielhaft seien hier zentrale Ziele des BCP benannt zu denen wir uns klar bekennen: vorgezogene Nachfolgeberufungen von Frauen auf W2- und W3-Professuren bei deutlicher Unterrepräsentanz von Professorinnen im jeweiligen Fach an Berliner Hochschulen (bis max. 25%) und auf der Warteliste des Professorinnenprogramms; Tandemprofessuren gemäß § 102d des Berliner Hochschulgesetzes in Fächern mit einer deutlichen Unterrepräsentanz von Professorinnen im jeweiligen Fach an Berliner Hochschulen (bis max. 25%); W1-Juniorprofessuren mit Tenure Track auf W2- und W3-Professuren bei deutlicher Unterrepräsentanz von Professorinnen im jeweiligen Fach an Berliner Hochschulen (bis max. 25%).

Frage 9: Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich der Hochschulen sicher?

Für die Beschäftigten im Verwaltungsbereich der Hochschulen stehen wir für gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und starke Mitbestimmung. Gute Arbeit umfasst für uns auch verlässliche Arbeitszeiten, planbare Beschäftigung und wirksame Interessenvertretungen.

Das Forum Gute Arbeit führen wir fort. Über den Bundesrat treiben wir die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes voran, damit Befristungsketten enden. Frauen sind in Führungspositionen und Leitungsfunktionen noch immer unterrepräsentiert. Wir setzen uns dafür ein, dass Aufsichtsräte, Kontrollgremien und Leitungspositionen in allen Bereichen paritätisch besetzt werden.

Frage 10: Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung sowie Familiengerechtigkeit an Hochschulen zu stärken?

Wir wollen Hochschulen als diskriminierungssensible, familiengerechte und sichere Orte weiterentwickeln. Dazu gehören starke Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Antidiskriminierungsstrukturen, Schutzkonzepte gegen sexualisierte Diskriminierung und Gewalt, familiengerechte Studien- und Arbeitsbedingungen sowie eine verlässliche Finanzierung entsprechender Strukturen.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.